

# Grenzsituationen

## wie zwischen Belarus und Polen

**Im Juli 2021 wurde es deutlich: Immer mehr Flüchtling erreichten die Grenze der EU, und zwar auf dem Gebiet von Belarus. Es betraf vor allem Litauen und Polen. Man konnte erkennen, dass es kein Zufall war: Die Zahl der wöchentlichen Flüge aus Istanbul, Damaskus und Dubai war ohne Anlass von 17 auf 40 pro Woche gestiegen. Die Flüge veranstaltete die »Belavia«, das ist die staatliche belarussische Gesellschaft, außerdem »Turkish Airlines« (Türkei), »flyDubai« (VAE) und »Cham Wings« (Syrien).**

Bald wurde deutlich, dass die Regierung von Belarus die Bewegungen der Flüchtlinge durch entsprechende Werbung hervorrief: Man versprach über die Reisebüros, es gäbe die Möglichkeit, in die Europäische Union weiter zu reisen. Diese Versprechungen zeigten Erfolg, der Visumpreis von 1.200 Dollar konnte im September auf 2.500 Dollar angehoben werden. Zum Vergleich: Der Visumantrag für die Reise in eine EU-Land kostet 70 Euro.

Belarus hat zur EU die längste Grenze gemeinsam mit Litauen, das sind 679 km, davon 299 km Wasser. Zu Polen sind es 416 Kilometer, Zu Lettland schließlich 173 km. Weitere Grenzen gibt es zu Russland und der Ukraine, ein Teil der Flüchtlinge kam auch über Flüge nach Moskau und reiste auf dem Landweg weiter nach Belarus.

Die Zahlen sind unbekannt, Beobachten schätzen sie zwischen Juli und Dezember auf 30.000 Menschen, teils geht man aber auch von weniger aus. Klar ist: Die Regierung des Irak hat in Zusammenarbeit mit den Regierungen von Litauen und Belarus für rund 6.000 Irakerinnen und Iraker einen Rückflug in den Irak organisiert, die Regierung von Litauen gab den Flüchtlinge noch Geld mit.

### Vorgeschichte Belarus

Belarus war bis zuletzt Mitglied der Sowjetunion. 1991 beschlossen Russland und die Ukraine die Auflösung der Sowjetunion zum Jahresende, an der Entscheidung wurden andere kaum beteiligt. Die baltischen Staaten und die Staaten des Südkaukasus waren bereits ausgetreten, Belarus wurde an der Konferenz beteiligt, hatte aber als mit Abstand kleinster Staaten keinen Einfluss auf die Entscheidung. Auch in Belarus führte die Auflösung der Sowjetunion zu einer chaotischen Privatisierung der staatlichen Betriebe, von der vor allem Funktionäre der kommunistischen Partei profitierten. Es gelang aber relativ schnell eine Stabilisierung: 1994 wurde der junge Alexander Lukaschenko mit rund 80 Prozent der Stimmen gegen 14 Gegenkandidaten zum Präsidenten gewählt, bis heute die letzten freien Wahlen in Belarus.

In Russland gelang die Stabilisierung erst mit dem Machtantritt von Wladimir Putin, der ab 2000 die freien Wahlen abschaffte. In der Ukraine konnte die offene Herrschaft der Oligarchen erst 2013/2014 mit den Protesten auf dem zentralen Platz in Kiew beseitigt werden, »Euromaidan« genannt, aber nur um den Preis von zwei russischen Angriffen: Im Februar 2014 besetzte Russland die Krim, im August 2014 kleinere Gebiete im Donbass. Die Ukraine ist seitdem demokratisch organisiert, Präsidenten wechseln nach freien Wahlen.

In Belarus wurde Lukaschenko 2001, 2006, 2010, 2015 und 2020 wiedergewählt. Alle Wahlen wurden gefälscht, allerdings schätzt auch die Opposition, dass er bis 2015 tatsächlich eine Mehrheit der Stimmen erhielt. Seine Wählerbasis liegt vor allem auf dem Lande und bei Rentnern, für die wirtschaftliche Stabilität wichtiger ist als Meinungsfreiheit. 2020 waren die Fälschungen auffällig: Obwohl die Opposition sich auf einen Kandidaten einigen konnte, die sehr populär war, gewann Lukaschenko mit einem überragenden Ergebnis – das „zufällig“ dem der letzten freien Wahlen von 1994 entsprach. Die Proteste danach erschütterten das ganze Land, Tausende wurden verhaftet und auch im Gefängnis gefoltert und vergewaltigt. Nachdem der Staat gegen Demonstranten sehr hart vorging und auch russische Fallschirmjäger ins Land holte, wurden die Proteste denn von Demonstrantinnen angeführt, gegen den Staat erst ein paar Wochen danach vorging.

In Belarus sind inzwischen wieder zwei Drittel der Wirtschaft in staatlicher Hand. Das macht die Betriebe nicht besonders effektiv, aber die Lohnzahlungen kommen pünktlich und der Konkurs ist ausgeschlossen. Im Gegensatz zu Russland gibt es aber einen sehr innovativen Privatsektor, der vor allem aus jungen IT-Unternehmen besteht. Diese Studiengänge wurden von Seiten des Staates in den letzten 20 Jahren sehr stark gefördert. Die Kehrseite zeigte sich während der Proteste: Der Staat schaltete das viele Netzwerke im Internet ab, um die Absprachen für die Proteste unmöglich zu machen. Hunderte von IT-Unternehmen brachten innerhalb von Stunden Lösungen dafür auf dem Markt, die kostenlos verbreitet wurde. Zwei Monate nach den gefälschten Wahlen konnte Belarus erstmals in den letzten Jahrzehnten den Iran bei der Verwendung von Umge-

hungsprogrammen gegen staatliche Zensur von Platz Eins in der Welt ablösen.

In der Zeit Lukaschenkos wurde das Bruttoinlandsprodukt von Belarus vervierfacht, es liegt heute rund 30 Prozent unter dem von Russland, aber um 50 Prozent über dem von der Ukraine. Die Auswanderungsrate ist dennoch hoch, rund 70.000 Menschen aus Belarus bekommen Jahr für Jahr einen Aufenthaltstitel in der EU, das sind ungefähr so viele wie aus Russland. Flüchtlinge nimmt vor allem Polen auf, das – wie auch Litauen – den belarusischen Flüchtlingen 2020 und 2021 auch Büros zur Verfügung stellte, dass sie ihre oppositionelle Tätigkeit sofort fortsetzen konnten.

Die EU verhängte wegen der Unterdrückung der Opposition im Herbst 2020 Sanktionen, sparte aber weite Teile der Wirtschaft aus. Belarus kauft in Russland Rohöl und Erdgas und exportiert Benzin, Diesel und andere Produkte, die aus diesen Rohstoffen hergestellt werden. Litauen und Polen verboten allerdings die Einfuhr relativ schnell, während Deutschland weiter importierte und bezahlte.

Zu Wirtschaftssanktionen kam es erst, als Lukaschenko am 23. Mai 2021 ein Verkehrsflugzeug auf einen EU-Inlandsflug abfangen ließ und in Minsk zur Landung zwang, um einen oppositionellen Blogger (mit Asyl in Litauen) samt seiner russischen Freundin zu verhaften. Auf einer Pressekonferenz Anfang Juli 2021 kündigte Lukaschenko an, als Reaktion auf die Sanktionen Flüchtlinge aus Afghanistan, Syrien und Irak die Durchreise zu ermöglichen (»Zeit« vom 6. Juli 2021).

## Organisation der Flüchtlings-Bewegungen

In Minsk wurden die Flüchtlinge in Hotels untergebracht, mussten die Kosten aber selbst tragen. Außerdem wurden sie rausgeworfen, wenn das Besuchsvisum abgelaufen ist – das wurde also staatlich organisiert, nicht von den einzelnen Hotels.

Staatlich organisiert wurde der Transport zur Grenze, hier wurden LKWs und Busse von Polizei und Armee eingesetzt. Die dort gebauten Flüchtlingslager von denen, die beim Grenzübertritt scheiterten, wurden von Belarus aus mit Zelten, Decken, Nahrungsmittel und teils auch Generatoren, Treibstoff und Heizlüftern versorgt. Straßen nach Minsk wurden gesperrt und von der Polizei kontrolliert, Flüchtlinge nicht zurück zur Hauptstadt gelassen – angeblich wären sie „unerlaubt“ in Belarus und dürften sich nicht in östlicher Richtung bewegen, sondern wären verpflichtet zur Ausreise. Die Regierung veröffentlichte allerdings mehrmals Meldungen, Deutschland habe sich zur Aufnahme von 2.000 oder 3.000 Flüchtlingen bereit erklärt, was die Bundesregierung in Berlin jeweils dementierte.

## Lettland

In Lettland erhöhte sich die Zahl der registrierten Asylbewerber:innen von 30 bis 40 pro Monat auf 390 im

August. Die Regierung verhängte den „Notstand“ über das Grenzgebiet, rund 1.000 Flüchtlinge wurden ohne Prüfung der Asylgründe über die Grenze nach Belarus zurückgetrieben.

## Litauen

Bereits 2016 ahtte Litauen mit dem Bau einer Grenzbefestigung (Zaun) begonnen. Damals waren Flüchtlinge über Russland nach Norwegen gelangt, sie kamen nahe des Polarkreises über einen Grenzübergang. Unter ihnen waren auffällig viele syrische Studenten, die mit einem Stipendium der Assad-Regierung in Russland studierten, also offensichtlich nicht zur Opposition gehörten.

Die registrierten, also bemerkten unerlaubten Grenzübertritte liegen seit langem bei ungefähr 70 pro Jahr. Sie stiegen im Juni 2021 auf 470, im Juli 2021 am 2.600. Im November verhängte Litauen den „Notstand“ im Grenzgebiet, entsprechend der Verfassung nur für einen Monat. Flüchtlinge wurden nun ohne Prüfung der Asylgründe zurückgetrieben.

<b>Asylanträge Litauen 2021:</b>	
Januar	45
Februar	35
März	35
April	105
Mai	100
Juni	325
Juli	985
August	1.460
September	300

Litauen ist dreimal so groß wie Schleswig-Holstein, hat aber ungefähr gleich viele Einwohner:innen, nämlich 2,8 Millionen.

<b>Aufnahme von Flüchtlingen in Schleswig-Holstein:</b>	
2019	4.183
2020	3.804
2021	4.209

## Polen

In Polen bezeichnete Ministerpräsident Mateusz Morawiecki am 6. August 2021 die Situation der Flüchtlinge an der Grenze als „hybriden Krieg“. Damals begann Polen mit dem Bau einer Grenzbefestigung, zunächst eine provisorische Absperrung durch Stacheldraht. Am 2. September wurde in einem Gebiet von drei Kilometern entlang der Grenze eine „Sperrzone“ eingerichtet, aufgrund der Notstands-Bestimmungen in der Verfassung für drei Monate (bis Anfang Dezember). Sie galt

vor allem für Journalist:innen und Mitglieder humanitärer Organisationen, während Einwohner passieren durften – nicht aber ihre Besucher:innen.

In der Folge wurden Aufnahmen vom Geschehen an der Grenze nur noch von staatlichen politischen Einrichtungen publiziert. Zu sehen waren belarussische LKWs des Militärs, aus denen Flüchtlinge entlang der Grenze ausstiegen, außerdem Angriffe organisierter Flüchtlinge auf polnische Soldaten und Polizisten, was mit dem Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas beantwortet wurde. Alle Aufnahmen stammten aber von einem Abschnitt von etwa drei Kilometern, während es aus dem Rest des Grenzgebietes keine Nachrichten gab. Im Grenzgebiet sind ungefähr zwei Dutzend Menschen gestorben, zumeist erfroren, von denen humanitäre Organisationen die Namen wussten, und mehrere Dutzend weitere, deren Namen und Schicksal nicht verifiziert werden konnten. In Warschau gab es Proteste und Demonstrationen gegen diese Abschottungs-Politik.

<b>Asylanträge Polen 2021:</b>	
Januar	245
Februar	185
März	290
April	305
Mai	305
Juni	355
Juli	670
August	1.205
September	1.625
Oktober	960

Polen ist etwas kleiner als Deutschland und hat rund 38 Millionen Einwohner:innen.

An der Grenze fanden Flüchtlinge viel Unterstützung durch Anwohner:innen. Hatten sie polnisches Gebiet erreicht, ließen auch Behörden außerhalb der Grenzzone sie passieren, weil sie oft keine Registrierung wollten, sondern weiterreisen nach Westen. Direkt an der Grenze wurden 15.000 polnische Soldaten eingesetzt, die Flüchtlinge zurücktrieben – es gab auch mehrfach Gruppen, die im Landesinnern abgefangen und an die Grenze zurücktransportiert wurden. Insbesondere die katholische Kirche und die Caritas übten starken Druck auf die Regierung aus, dass Familie und Frauen mit Kindern nicht zurücktransportiert wurden, sondern in Aufnahmezentren kamen.

## Deutschland

In Deutschland wurden 2021 148.233 Asylerstanträge gestellt. Davon kamen 10.918 Asylanträge von Flüchtlingen, die angaben, über Belarus und Polen eingereist zu sein:

Januar	8.524	0
Februar	7.577	0
März	9.503	0
April	8.069	0
Mai	8.278	15
Juni	10.282	0
Juli	12.193	11
August	11.847	479
September	13.849	2.049
Oktober	13.293	5.288
November	16.520	2.850
Dezember	13.713	226

Siehe BT-Drucksache 20/322 und Veröffentlichungen des BAMF.

Von Januar bis November 2021 gab es auch Dublin-Verfahren, darunter:

Zielland	Ersuchen	Zustimmungen	Abschiebungen
Estland	32	15	0
Litauen	321	272	39
Lettland	132	80	2
Polen	1.402	701	107

Da Dublin-Verfahren länger dauern, kann es auch Anfang 2022 noch Dublin-Verfahren oder Abschiebungen geben.

## Humanitäre Hilfe

Die Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge im Grenzgebiet war schwierig. Polnische Organisation gaben an, die Lager wären gut gefüllt mit Kleidung, Zelten, Decken oder auch Nahrungsmitteln, der Transport ins Grenzgebiet wäre aber schwierig. Der Landesverband der Diakonie in Schleswig-Holstein brauchte Hilfsgüter hin und übergab sie dort polnischen Organisationen: Diakonie Polen sowie Kirchengemeinden im Grenzgebiet. Außerdem arbeitete sie mit dem evangelischen Militärgeistlichen zusammen. Dadurch konnte sie die Hilfsgüter auch verteilen, allerdings zum Teil nur in den polnischen Aufnahmezentren.

## Die EU und ihre Grenzen

Die EU erfasst systematisch Meldungen über unerlaubte Grenzübertritte, wobei Flüchtlinge Grenzen legal überschreiten – ob sie Flüchtlinge sind, steht aber erst am Ende des Asylverfahrens fest. Mit jeweils über 60.000 Flüchtlingen kamen die meisten über die zentrale Mittelmeer-Route (Libyen - Italien= oder über die Westbalkan-Route (Bosnien - Kroatien).

Jeweils rund 20.000 kamen über die Westafrika-Route (Mauretanien - Spanien), über das westliche Mittelmeer (Algerien oder Marokko - Spanien) oder über das östliche Mittelmeer (Türkei - Griechenland). Die Route über Osteuropa steht mit 8.000 erfassten Grenzübertritten erst an sechster Stelle, war also auch unter tätiger Mithilfe der Lukaschenko-Diktatur nicht aufgestiegen. Traditionell kamen immer Flüchtlinge über diese Route, sie wählen meistens den Weg über Russland und die Ukraine, da an den Grenzübertritten zwischen der Ukraine und Polen wegen der Visumfreiheit für die assoziierte Ukraine weniger kontrolliert wird.

Die offiziellen Statistiken umfassen allerdings nur die Hälfte der Flüchtlinge, da die andere Hälfte an Grenzübertritten nicht erfasst wird oder (mit Visum oder visumfrei) legal erfolgt. Eines der größten Herkunftsländer war in den letzten Jahren Venezuela, die Flüchtlinge von dort können visumfrei einreisen.

Die Genfer Flüchtlingskonvention kennt das Verbot des „Refoulements“: Wer um Schutz bittet, darf nicht ohne Prüfung der Gründe zurückgewiesen werden. Passiert es doch, nennt man das „Pushback“, das ist illegal. Es passiert aber regelmäßig zwischen Polen und Belarus, zwischen Griechenland und der Türkei, zwischen Kroatien und Bosnien, zwischen Italien und Libyen, zwischen Spanien und Marokko. Die Kommission tut wenig, um die Flüchtlingskonvention durchzusetzen, obwohl das ihre Aufgabe ist. Auf dem Mittelmeer sterben regelmäßig Flüchtlinge in großer Zahl, 2021 waren es mehr als 2.000 Ertrunkene, die bekannt wurden.

In der EU ist Deutschland das größte Aufnahmeland, gefolgt von Frankreich, Italien, Spanien, Österreich, Niederlande und Griechenland. Innerhalb der EU gibt es auch das wenig genutzte Relocation-Programm, mit dem wirtschaftlich stärkere Staaten den Staaten an der Grenze Flüchtlinge abnehmen können. Außerdem gibt es den Flüchtlingsfonds, in den alle Mitgliedsstaaten einzahlen. Aus diesem Flüchtlingsfonds bekommen alle Aufnahmeländer Kopfprämien, wenn sie Flüchtlinge freiwillig ausnehmen – Schleswig-Holstein hatte 2021 ein Aufnahmeprogramm und ist pro aufgenommenen Flüchtling mit 10.000 Euro von der EU prämiert worden.

## **Hintergrund: Einwanderung in Deutschland**

Pro Jahr wandern rund 1,5 Millionen Menschen nach Deutschland ein. Nur zehn Prozent beantragen Asyl, die Übrigen kommen im Familiennachzug, als Student:innen oder als Arbeitskräfte. Mehr als die Hälfte kommt ohnehin aus anderen EU-Staaten, bei ihnen ist gar nicht bekannt, warum sie kommen, weil sie nicht gefragt werden und (als Unionsbürger:innen) keine Aufenthaltserlaubnis beantragen müssen.

Eine Ausnahme bildeten die Jahre 2015 und 2016: Damals griff der russische Präsident Putin in den Aufstand in Syrien ein, rettete den Diktator und nahm Hundert-

tausenden von Flüchtlingen in den Nachbarländern die Hoffnung, sie könnten innerhalb einer überschaubaren Zeit in ein freies Land zurückkehren. Gleichzeitig kürzte die EU die Hilfgelder für die Flüchtlingslager in den Nachbarländer auf die Hälfte. Beides hatte zur Folge, dass sich Hunderttausende auf den Weg in die EU machte, mit ihnen kamen viele afghanische, iranische und irakische Flüchtlinge.

Das wäre absehbar gewesen, nur hatten die staatlichen Stellen sich nicht ausreichend vorbereitet. In Deutschland sprangen glücklicherweise viele Organisationen aus der Zivilgesellschaft ein, um sie herum bildeten sich schnell neue Gruppen und Organisationen, die vorübergehend die Aufgaben der überforderten staatlichen Einrichtungen übernahmen. Im Bundestagswahlkampf wurde dieser Vorgang genutzt, um die Aufnahme von Flüchtlingen als negativ darzustellen: „2015 darf sich nicht wiederholen“ behauptete die AfD, die CDU wiederholte die Parole. Das führte vermutlich dazu, dass die Bundesregierung die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem belarussischen Grenzgebiet öffentlich ablehnte, während sie in Wirklichkeit rund 11.000 Flüchtlinge aufnahm.

## **Hintergrund: Russland**

Russland wird seit 1999 von Wladimir Putin regiert. Seine Amtszeit reicht zur Zeit (5. Periode) bis 2024, durch eine Verfassungsänderung hat Putin sich selbst zwei weitere Amtszeiten bis 2036 zugestanden. Er ist am 7. Oktober 1952 geboren, wird also in diesem Jahr 70 Jahre alt.

Putin hat seit zehn Jahren das Ziel, Russland wieder zu einer Anerkennung als „Großmacht“ zu führen. Dafür fehlt ihm die wirtschaftliche Grundlage: Weltweit agieren die USA, China und die EU als Großmächte. Russland hat Atomwaffen, die Wirtschaft hat aber nur die Größe wie die Spaniens, reicht nicht an die Leistungsfähigkeit von Italien heran.

In den letzten Jahren setzt Putin deshalb allein auf militärische Mittel. So ist es ihm gelungen, die Diktaturen im Iran, Syrien, Venezuela und Belarus zu stabilisieren, 2021 kam noch Kasachstan dazu. So wurde Putin zum Spezialisten zur Rettung von Diktaturen, allerdings sind alle Verbündeten Russland auf finanzielle Unterstützung angewiesen, was den Staat überfordert.

Auch im Falle von Belarus unterstützte Russland den Diktator mit Truppen, als die Proteste im Herbst 2020 sehr stark wurden. Finanziell musste Russland dem Nachbarland ab Mai 2021 unter die Arme greifen, als die wirtschaftlichen Sanktionen der EU griffen. Dabei kam Putin der steigende Preis für Erdöl und Ergas zustatten, das sind die Hauptexportprodukte des Landes. Allerdings zwang Putin seinen Kollegen Lukaschenko im Gegenzug dazu, den alten Plan zur Bildung einer Föderation unter russischer Führung wieder zu belegen, der noch von Jelzin unterschrieben worden war, seit Putins Amtsantritt aber von Lukaschenko auf Eis gelegt

wurde. Der erste Schritt ist die Zusammenlegung der Armeen unter russischen Oberbefehl, dem auch die Manöver Anfang 2022 an der ukrainischen Grenze dienten. Diese Manöver dienen auch dazu, die Ukraine zu bedrohen und die Invasion zu üben.

Was weniger bemerkt wurde: Russland zwang Belarus auch einen Vertrag auf, nach dem Belarus Truppen nach Syrien entsendet. Starten wird Belarus im Frühling 2022 mit 200 Soldaten. Präsident Assad wurde in die Verhandlungen nicht einbezogen. Damit will Putin offenbar die russischen Verluste in Syrien begrenzen und die Kritik im eigenen Land am Krieg beruhigen.

Russland hat zur Belebung der Wirtschaft die Eurasische Zollunion gegründet, und zwar gemeinsam mit Armenien, Belarus, Kasachstan und Kirgisien. Sie wurde inzwischen in die Eurasische Union überführt, als nächster Schritt soll eine gemeinsame Währung eingeführt werden. Das alles ist formell der EU nachgebaut, allerdings ohne demokratische Elemente. Das Stimmrecht in der Kommission ist beim Zwillingenbruder der EU an die Wirtschaftskraft gebunden, Russland hat also die absolute Mehrheit der Stimmen. Parallel dazu gibt es die OVKS, das Verteidigungsbündnis, dem auch Tadschikistan angehört.

Allerdings muss man dazu auch wissen, dass das Bruttoinlandsprodukt Russlands von 2019 auf 2020 von 1.508 Milliarden US-Dollar auf 1.293 Milliarden US-Dollar gesunken ist, pro Kopf also von 10.350 US-\$ auf 8.846 US-\$. In dieser Zeit hat China Russland beim BIP pro Kopf überholt. Außerdem sinkt die Bevölkerung Russlands durch die Überalterung und Kinderarmut, durch mehr als 1 Million Covid-19-Tote und eine erhebliche Auswanderung. Hatte Russland 2019 noch 146,8 Millionen Einwohner:innen, waren es ein Jahr später nur noch 143,8 Millionen. Dabei schmerzt insbesondere die Auswanderung, denn in die EU kommen vor allem junge und gut gebildete Russinnen und Russen, entweder mit Universitätsabschluss oder zum Studium hier, die meisten kommen nach Deutschland.

Dass Putin militärische Angriffe im Ausland bevorzugt, ist aber nicht nur Folge der Alternativlosigkeit, weil ihm wirtschaftliche Druckmittel nicht zur Verfügung stehen. Es gehört auch zu seinem Regierungssystem, durch – angebliche – militärische Erfolge im Ausland den nationalistischen Teil der Bevölkerung zu mobilisieren und den eigenen Anhänger:innen zu demonstrieren, dass Russland international eine Großmacht ist, die in Venezuela, Mali, der Zentralafrikanischen Republik, Kasachstan, Libyen, Syrien und Belarus, in Zukunft möglicherweise auch erneut in der Ukraine intervenieren kann. Gleichzeitig wird in Russland berichtet, der „Westen“, vor allem die USA, Frankreich und Deutschland seien in Afghanistan und Mali gescheitert und müssten ihre Kriege mit Niederlagen abbrechen.

## Krieg gegen die Ukraine?

Russland hat bereits jetzt mehr als 70.000 Soldaten in der Ukraine stationiert: Auf der Krim sind ungefähr 50.000 Soldaten, in der Ostukraine ungefähr 26.000 Soldaten. Dazu kommen von Russland bezahlte Milizen, in der Ostukraine sind es ungefähr 7.000 Söldner, von der russischen Regierung als „Separatisten“ bezeichnet.

Weitere Truppen sind in Belarus (30.000 Soldaten) und im Westen Russland, an der ukrainischen Grenze aufmarschiert, hier vermutlich 80.000 Soldaten. Das kann alles reine Drohgebärde sein, Putin möchte gerne wie der Präsident einer Großmacht direkt mit dem US-Präsidenten reden, auch um die Aufnahmen abends im russischen Fernsehen zu zeigen. Seine Behauptung, Russland fühle sich durch den Beitritt einiger osteuropäischer Länder 2004 zur NATO bedroht, stimmt nicht: Es ist eine These der Regierung, die in Umfragen von der Bevölkerung nicht geteilt wird. Gerade junge und städtische Russ:innen sehen in den NATO-Staaten eher Möglichkeiten zur Auswanderung und keine Bedrohung.

Einen Krieg gegen die Ukraine kann Russland voraussichtlich gewinnen, wobei die tatsächliche Kampfstärke der ukrainischen Armee unbekannt ist, sie hat allerdings 2014 den Vormarsch russischer Truppen stoppen können. Wenn die Ukraine keine Hilfe der NATO erhält, ist eine Niederlage nach wie vor wahrscheinlich. Das könnte für mehrere Millionen Flüchtlinge sorgen, die sich dann Richtung EU auf den Weg machen: 2019 bekamen 756.574 Ukrainer:innen, 2020 601.227 Ukrainer:innen innerhalb der EU eine Aufenthaltserlaubnis, und Flüchtlinge können visumfrei einreisen.

In einer aktuellen Studie schätzt die NATO, die Ukraine würde einen russischen Angriff nur wenige Tage überstehen. Die Folge wären in der Ukraine rund 50.000 Tote, ungefähr 5 Millionen Flüchtlinge wurden in der EU Zuflucht suchen.

**Reinhard Pohl**

Diskussionsbeiträge dazu:  
[reinhard.pohl@gegenwind.info](mailto:reinhard.pohl@gegenwind.info)